

Kurz und bündig = En bref

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **101 (2006)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KURZ UND BÜNDIG

Deutlicher Denkkzettel an die Politiker

red. Auch 2005 konnten 16 Umweltorganisationen, denen das Verbandsbeschwerderecht zusteht, vor Behörden und Gerichten eine hohe Erfolgsquote für sich verbuchen. Von den 244 abgeschlossenen Verfahren mussten in 78 Prozent der Bauvorhaben Korrekturen zugunsten der Landschaft, der Natur oder des Ortsbildes vorgenommen werden. Nur in 18 Prozent aller Fälle unterlagen die Umweltverbände. Rund 60 Prozent wurden unbürokratisch auf Stufe Gemeinde erledigt, 84 Prozent aussergerichtlich abgeschlossen, und nur 2 Prozent gelangten vor Bundesgericht. Dieses musste fünf Fälle behandeln, wovon es vier im Sinne von Umweltanliegen erledigte. Zum Vergleich: In der Schweiz werden jährlich rund 100 000 (!) Baubewilligungen erteilt. Wenn das kein Denkkzettel an uneinsichtige Politiker ist ...

Publikumsintensive Anlagen koordinieren

pd. Wenn Einkaufszentren, Fachmärkte und Erlebnisparks an zentralen Standorten liegen, geht rund jeder fünfte Besucher zu Fuss hin oder nutzt die öffentlichen Verkehrsmittel. Abseits gelegene Einrichtungen auf den grünen Wiesen verursachen dagegen mehr Autoverkehr. Dies zeigt eine Studie über publikumsintensive Einrichtungen, die an einer Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP) vorgestellt wurde. Als Konsequenz fordert die VLP, dass die Kantone in der Raumplanung mehr als bisher die Standorte koordinieren. Gefordert seien aber auch die Investoren und Betreiber solcher Anlagen, die nur noch zu verwirklichen seien, wenn ihre Umweltbelastung minimiert und der Autoverkehr an die vorhandenen Strassenkapazitäten angepasst werde.

Differenzen um Naturparkfinanzierung

red. Der Ständerat hat es während der Frühjahrssession abgelehnt, den Bund zwingend zu verpflichten, die neu vorgesehenen Naturparks finanziell zu unterstützen. Er beharrte bei der Differenzbereinigung zum Natur- und Heimatschutzgesetz auf seiner Kann-Formel. Nicht anschliessen mochte sich die kleine Kammer dem Nationalrat auch bei der von diesem eingefügten Bestimmung über die Mitsprache der von Naturprojekten betroffenen Bevölkerung. Er verlangte von der grossen Kammer Präzisierungen, was genau er damit meine.

Den Berner Bahnhofplatz überdachen?

red. Um die Überdachung des Berner Bahnhofplatzes ist ein Streit entbrannt. Während die Stimmbürger am 5. Juni 2005 dem auch von der städtischen Denkmalpflege gebilligten Projekt zugestimmt hatten, kam ein vom Regierungstatthalter eingeholtes Expertengutachten zum Schluss, der geplante Baldachin beschneide die Sicht auf das historische Stadtbild und beeinträchtige die Heiliggeistkirche und das Burgerspital. Darauf hat der Statthalter die Baubewilligung für die Glasüberdachung verweigert. Es wird davon ausgegangen, dass der Gemeinderat diesen Entscheid beim Kanton anfechten wird.

Bündner Regierung für Schatzalp-Turm

red. Die Regierung des Kantons Graubünden hat zwei Beschwerden gegen den von den Architekten Herzog & de Meuron geplanten Wohnturm auf der Schatzalp abgewiesen und die Nutzungsplanung genehmigt. Bereits am 31. Oktober 2004 hatten die Stimmbürger der Landschaft Davos mit einer Teilrevision der Ortsplanung die Voraussetzungen für den 105 Meter hohen Turm geschaffen, dank dem das bestehende Hotel von 1899 saniert werden soll. Gegen das Hochhausprojekt legte die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz aus landschaftsgestalterischen Gründen und weil der grösste Teil des Glasturmes für Zweitwohnungen vorgesehen ist Beschwerde ein. Die Bündner Regierung rechtfertigt den Eingriff mit der «hohen gestalterischen Qualität» des Projekts und dessen häuslicher Umgang mit dem Boden. Die SL verzichtet darauf, ihre Beschwerde weiterzuziehen.

Warnzeichen an der Klimafront

red. Der Nobelpreisträger Mario José Molina hat Ende März am Weltwasserforum in Mexiko-Stadt weltweit zu einem schonenden Umgang mit der Natur und den Wasservorräten aufgerufen. Denn dass das Jahr 2005 als das heisseste seit 1000 Jahren registriert worden ist, sei vor allem auf den zerstörerischen Umgang des Menschen mit der Umwelt in den letzten 50 Jahren zurückzuführen. Die Zunahme der Regenfälle und der Dürren in jüngster Zeit hänge zusammen mit Veränderungen des Weltklimas und dem Abschmelzen der Gletscher. Molina untermauerte seine Ergebnisse mit Daten aus der Untersuchung von Wassertropfen aus jahrtausendealtem Gletschereis und Baumrinden aus mehrhundertjährigen Urwäldern.

EN BREF

Recours : des résultats éloquentes

red. En 2005 également, les 16 organisations écologistes habilitées à recourir ont enregistré un taux de succès élevé devant les autorités et les tribunaux. Sur 244 procédures closes, 78% des projets de construction ont été rectifiés en faveur de la nature, du paysage ou du site. Les organisations écologistes ont été déboutées dans seulement 18% des cas. 60% des cas se sont réglés directement au niveau communal, 84% hors tribunaux et 2% seulement sont parvenus au Tribunal fédéral. Le Tribunal fédéral a examiné 5 affaires dont 4 ont été jugées en faveur des organisations. A titre de comparaison: il se délivre en Suisse 100'000 autorisations de construire par année. Des résultats qui parlent d'eux-mêmes, Mesdames et Messieurs les parlementaires!

Coordonner l'implantation des installations à forte fréquentation

pd. Une personne sur cinq marche ou utilise les transports publics pour aller dans un centre commercial, un marché spécialisé ou un parc de loisirs situé dans un emplacement central. Si ces installations sont situées en périphérie, le trafic automobile qu'elles occasionnent augmente. Telles sont les conclusions d'une étude sur les installations à forte fréquentation présentée lors d'une journée d'étude de l'Association pour l'aménagement national (VLP-ASPAN). L'ASPAN demande que les cantons améliorent la coordination des politiques d'implantation de ces installations. Elle attire également l'attention des investisseurs et des exploitants sur la nécessité de réduire les atteintes à l'environnement et d'adapter les flux de trafic aux capacités routières existantes.

Divergences sur les parcs naturels

red. Au cours de la session de printemps, le Conseil des Etats a refusé de prévoir l'obligation pour la Confédération d'assurer un soutien financier aux nouveaux parcs naturels envisagés. Lors de la séance d'élimination des divergences entre les deux Conseils, il a maintenu la formule potestative dans la nouvelle disposition de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage. Par ailleurs, la Chambre des cantons n'a pas voulu se rallier à la proposition du Conseil national d'ajouter dans la loi une disposition sur le droit de participation de la population concernée par le projet de parc. Elle a demandé au Conseil national des précisions sur les objectifs visés par cette modification.